

dbb Landesleitung trifft Landesregierung

## Werden jeglicher Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst vehement entgegenzutreten!

Intensiver Austausch auch zur Bezahlung, Familienfreundlichkeit und Frauenförderung



Der Ministerrat Rheinland-Pfalz und die dbb Landesleitung auf der Terrasse des Gästehauses der Landesregierung.

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat am 13. November 2018 unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Volker Wissing die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz getroffen. „Das traditionelle Treffen zwischen der Landesleitung des dbb und der Landesregierung bietet die Möglichkeit, in großer Runde über die aktuellen Themen zu sprechen, die einen gemeinsamen Bezug haben. Ich danke der Landesleitung des dbb und der Vorsitzenden Lilli Lenz für das offene und konstruktive Gespräch“, so Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing. Bei der Sitzung wurde über die Themen Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, aktuelle Fragen der Besoldung und Versorgung sowie die Rolle des Landes als familienfreundlicher Arbeitgeber gesprochen.

Einig waren sich die Vertreterinnen und Vertreter der Lan-

desregierung und des Beamtenbundes angesichts zunehmender Fälle von Übergriffen und Respektlosigkeit gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Rettungskräften oder Feuerwehr, dass Angriffe und Beleidigungen scharf zu verurteilen und konsequent zu verfolgen sind. Der dbb begrüßt daher das Vorhaben der Landesregierung, voraussichtlich im Frühjahr 2019 eine Aktionswoche durchzuführen, in der die Leitungen der Ressorts in den Dienststellen das direkte Gespräch mit den Beschäftigten zum Thema Gewalt suchen werden und an deren Ende eine gemeinsame Erklärung der Landesregierung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen des öffentlichen Dienstes stehen soll. Auch aus Sicht des dbb rheinland-pfalz sind steigende Fallzahlen von Gewalt im öffentlichen Dienst besorgniserregend. Angesichts der steigenden Respektlosig-

keit und der zunehmenden verbalen Verrohung gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind energisches Gegensteuern und bessere Betroffenenbetreuung auf allen Verwaltungsebenen aus Gewerkschaftssicht dringend erforderlich. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz stellte dazu fest: „Öffentliche Arbeitgeber müssen sich auch durch eine Unterstützung bei der Strafverfolgung vor betroffene Kolleginnen und Kollegen stellen. Opfern muss beigegeben werden. Wir plädieren für eine entschiedene, vom öffentlichen Arbeitgeber unterstützte und vorgenommene Strafanzeigeerstattung sowie für konsequente Strafverfolgung. Ich freue mich über die geplante Aktionswoche gegen Gewalt und dass die Landesregierung unseren Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung aufnimmt. Zusammen setzen wir damit ein deutliches Signal ge-

gen Gewalt in unserer Gesellschaft.“

„Um Gewalt und Anfeindungen gerade auch gegen Polizeibeamtinnen und -beamte zu begegnen, haben wir bereits in den vergangenen Jahren mit neuer Schutzausstattung und neuen Einsatzmitteln reagiert“, so Innenstaatssekretär Randolf Stich. Gleichzeitig wurden in zahlreichen Bereichen der Verwaltungen die Aus- und Fortbildungskonzepte mit den Schwerpunkten „Deeskalation“, „Kommunikation“ und „Selbstverteidigung“ angepasst. Sowohl der Landesregierung als auch dem dbb ist es wichtig, Betroffenen von Gewalt und Anfeindungen unmittelbar im Nachgang eines Angriffs gezielte Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen zu unterbreiten.

### ► Besoldung und Versorgung

Bereits vor der Sommerpause hat sich die Landesregierung zu einem deutlichen Schritt bei der Besoldung entschieden. „Die für den Bereich der Beschäftigten geltenden Tarifergebnisse werden wir erneut für die Beamtinnen und Beamten übernehmen. Darüber hinaus sehen wir eine zusätzliche Erhöhung der Besoldung und Versorgung in 2019 und 2020 um weitere jeweils zwei Prozent vor. Allein diese zusätz-

liche Anpassung ist im Entwurf für den Doppelhaushalt mit 50 Millionen Euro in 2019 und 150 Millionen Euro in 2020 unterlegt“, erklärte Finanzministerin Doris Ahnen. Diese Verbesserungen seien ein wichtiger Baustein für die Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst. „Das Land positioniert sich mit der Besoldungsanpassung als attraktiver Arbeitgeber für die Zukunft“, so Ministerin Ahnen.

Die Leitlinien der Landesregierung zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2019/2020 sind für den dbb rheinland-pfalz ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer konkurrenzfähigen Bezahlung im öffentlichen Dienst im Bundesland, wie die Gewerkschaft ihn schon lange gefordert hat. Die außerordentlichen Linearanpassungen um jeweils zwei Prozent zur Jahresmitte 2019 und 2020, zusätzlich zur zugesagten zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des für nächsten März erwarteten Ergebnisses der Ländertarifrunde auf Beamte und Versorgungsempfänger, sind aus Gewerkschaftssicht dringend nötig, dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Die Landesregierung

muss zusehen, dass Rheinland-Pfalz durch diese Maßnahmen als Arbeitgeber wirklich wettbewerbsfähiger wird im bundesweiten Bund-Länder-Bezahlungsvergleich, sonst werden Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz zukünftig unmöglich sein. Unsere Mitglieder wollen schnelle und spürbare Verbesserungen. Es muss entsprechend der aktuell relativ günstigen Wirtschafts- und Haushaltslage erstmal ein sehr ansehnliches Tarifiergebnis für die Länder her. Das muss schnellstens auf Besoldung und Versorgung in Rheinland-Pfalz umgeklappt werden. Ob die außerordentlichen ‚2 x 2 %‘ dazu als Puffer ausreichen werden, um das Land wieder zu einem attraktiveren öffentlichen Arbeitgeber für Beamte zu machen, wird sich zeigen. Denn auch die anderen Bundesländer werden kreativ sein und die jeweilige Besoldung verbessern.“

> **Frauenförderung/  
Familienfreundlichkeit  
im öffentlichen Dienst**

„Mit meiner Politik möchte ich die Durchsetzung der

Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer im öffentlichen Dienst fördern“, unterstrich Frauenministerin Anne Spiegel im Rahmen der heutigen gemeinsamen Sitzung mit der Landesleitung des dbb. „Zu diesem Zweck haben wir eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. Dazu gehören beispielsweise großzügige Regelungen bei Kern- und Gleitzeiten. Auch mit den Gleichstellungstagen, mit dem Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze“ und mit dem Modellprojekt „Führen in Teilzeit – FiT“ wollen wir bessere Voraussetzungen für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen“, so Familienministerin Anne Spiegel. „Verschiedene Studien, zum Beispiel auch die dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2018“, zeigen Benachteiligung von Frauen bei Beförderungen. Obgleich mit den genannten Maßnahmen die Frauenförderung im öffentlichen Dienst vorangebracht wurde, hat der Minis-

terrat zur weiteren Verbesserung der Situation beschlossen, ein strategisches Konzept zur Personalplanung für den Bereich der Frauenförderung zu erstellen.

Der öffentliche Dienst sei vorbildlich bei der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, stetige Verbesserungen durch Flexibilisierungen von Arbeitszeit und Arbeitsort sind dabei nicht ausgeschlossen, so die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz. „Aber ‚weiche‘ Arbeitgeberfaktoren sind nicht alles, auch die ‚harten‘ Beschäftigungsbedingungen wie Bezahlung und Karriereperspektive müssen stimmen. Ein ‚Karriereknick‘ durch Familiengründung wird heute auch gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert. Wir setzen uns für weitere Fortentwicklungen ein.“ Das gelte auch für die Frauenförderung. „Tatsächliche Entgeltgleichheit, mehr Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes und der Ausbau qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze sowie alternierender Telearbeit sind dabei für uns wichtige Schlagworte, über die wir mit der Landesregierung weiter im Dialog bleiben.“ ■

dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz

# Einkommensrunde 2019 im Fokus

Herbstsitzung in Mainz

Zur regelmäßigen Herbstsitzung trafen sich die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter der Mitgliedsgewerkschaften und -verbände des dbb rheinland-pfalz am 29. Oktober 2018 in Mainz.

Die 2019er-Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder warf ihre Schatten voraus. Laut Vorsitzendem der Arbeitnehmervertretung, dem stellvertretenden dbb Landeschef Gerhard Bold, können sich

die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zusammengekommenen öffentlichen Arbeitgeber angesichts der günstigen wirtschaftlichen Rahmendaten auf eine „energisches“ Forderung einstellen, die dbb intern am 20. Dezember 2018 festgelegt werden wird. Es zeichne sich ab, dass bei der Forderungsfindung der diesjährige TVöD-Abschluss für Bund und Kommunen als Maßstab für die Gewerkschaften dienen wird. Dieser Abschluss

brachte den Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes in der Bundes- und Kommunalverwaltung lineare Anpassungen und einen Tabellenumbau, wonach im Frühjahr 2020 ein durchschnittliches Plus von 7,5 Prozent zu verzeichnen sein wird.

Die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz knüpfte hier an und diskutierte weitere einzupreisende Umstände wie etwa einen stufengleichen

Aufstieg, eine Kompensation für nicht gewährte leistungsorientierte Bezahlung und eine soziale Komponente bis zur Entgeltgruppe E 6. Natürlich wurden auch Wünsche nach neuen und verbesserten Zulagen sowie nach einer Fortschreibung des Jubiläumsgeldes eingebracht.

Die Gremienmitglieder tauschten sich angesichts der bereits terminierten Verhandlungsrunden (21. Januar, 6./7. Febru-



> dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz mit Gästen: dbb Landeschefin Lilli Lenz und dbb Kreisvorsitzender Worms, Peter Mertens (7. und 9. von links)

ar, 28. Februar bis 2. März 2019) aus über mögliche begleitende Aktionen. Die Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte und Versorgungsempfänger im Landes- und Kommunaldienst ist durch die Landesregierung zugesagt. Zwar sehen die Besoldungsleitlinien der Landesregierung neben dem Umklappen des Tarifergebnisses zusätzlich eine außerordentliche Anpassung

von zweimal zwei Prozent vor (jeweils zum Juli 2019 und 2020). Der Schwerpunkt der Anpassung liegt aber auf dem TV-L-Ergebnis und seiner Übertragung. Für beide Statusgruppen – Arbeitnehmer und Beamte im öffentlichen Dienst – geht es also in den TV-L-Verhandlungen um eine faire, angemessene, spürbare Bezahlungsverbesserung. Deshalb sind jedenfalls Arbeitnehmer

und Beamte/Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes zur tatkräftigen Unterstützung aufgerufen, so die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz.

Zu Gast in der Sitzung waren die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Einkommensrunde einschwor und das gewerkschaftspoliti-

sche Gesamtbild darstellte. Der dbb verfolgt zur Einkommensrunde einen statusgruppenübergreifenden Gesamtansatz, geprägt von Solidarität und Zusammenhalt.

Der dbb Kreisvorsitzende aus Worms, Peter Mertens, referierte fachmännisch über die aktuelle Tarifrechtslage im TVöD laut des 2018er-Ergebnisses in Relation zum TV-L.

dbb Landesgeschäftsführer Malte Hestermann berichtete vom Startpunkt der dbb Kampagne zur Einkommensrunde 2019, der Streikleiterkonferenz Anfang September in Berlin. ■

## dbb jugend rheinland-pfalz

# Landesjugendausschuss netzwerk

### Erfolgreiche Tagung in Bad Marienberg

(dbbj) Von Freitag, dem 26. Oktober 2018, bis Samstag, dem 27. Oktober 2018, fand der diesjährige Landesjugendausschuss der dbb jugend rheinland-pfalz im Wildpark-Hotel in Bad Marienberg (Westerwald) statt. Neben den ca. 30 Teilnehmer(inne)n aus elf unterschiedlichen Fachgewerkschaften/Verbänden durften wir auch Gäste aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Vertreter des dbb rheinland-pfalz und von der dbb jugend (Bund) herzlich willkommen heißen. Den ersten Tag starteten wir mit einer kleinen Vorstellungsrunde, damit jeder wusste, wer neben, hinter oder vor einem saß. Im Anschluss arbeiteten wir als höchstes Beschlussgremium zwischen

Landesjugendtagen ein paar obligatorische Punkte von der Tagesordnung ab. Es folgte der Geschäftsbericht der dbb jugend rheinland-pfalz, der mit einem Bildervideo seinen Abschluss fand. Anschließend beschäftigten wir uns mit dem TOP „Haushalt“ und den ersten Tag beendeten wir mit einem Bericht über die Arbeit der dbb jugend nrw, wofür wir uns nochmals herzlich bei Teresa Froitzheim bedanken. Danach hatten wir uns alle ein leckeres Abendessen im 360°-Drehrestaurant verdient, bevor wir gemeinsam nach Hachenburg für eine Führung in die Westerwald Brauerei fuhren. Anschließend ließen wir den Abend gemütlich in Hachenburg ausklingen.

Der zweite Tag unseres Landesjugendausschusses begann mit einem Kurzvortrag von Johannes Gutekunst (Debeka) zum Thema „Bürgerversicherung und Hamburger Modell“ und einem Grußwort von Philipp Mierzwa (stellvertretender Bundesjugendleiter der dbb jugend Bund). Danach waren dann die Fachgewerkschaften/Verbände gefordert, denn diese hatten nun Gelegenheit, von ihrer Arbeit aus dem letzten Jahr zu berichten. Im Anschluss stellte sich Roland Hipke von der BBBank den Teilnehmern/Teilnehmerinnen vor und berichtete von der Umstrukturierung bei der BBBank. Jürgen Kettner, stellvertretender Landesvor-

sitzender des dbb rheinland-pfalz, berichtete danach aus der Arbeit des dbb Landesbundes. Das letzte Grußwort an diesem Tag hielt unser Gast aus Baden-Württemberg, denn wir freuten uns sehr, dass auch die Landesjugendleiterin der bbw jugend, Mirjam Schmidt, den Weg nach Rheinland-Pfalz auf sich genommen hatte, um von der Arbeit in Baden-Württemberg zu berichten. Zum Schluss der Veranstaltung wies die Landesjugendleiterin Sandra Jungnickel nochmals auf bereits bekannte Seminartermine und auf den Landesjugendtag im nächsten Jahr hin.

Die Landesjugendleitung der dbb jugend rlp möchte sich nochmals auf diesem Weg bei allen Mitwirkenden für eine gelungene Veranstaltung bedanken und freut sich schon jetzt auf den Landesjugendtag 2019.

**Eure Landesjugendleitung**

> durchblick | Dezember 2018

